

A large red circle dominates the center of the page. Inside the circle is a faint, light-red watermark of a stylized rose, which is the symbol of the JUSOS party. The text "Unsere Stadt." is written in white, bold, sans-serif font across the upper part of the circle.

**Unsere
Stadt.**

**Unsere
Zukunft.**

Inhaltsverzeichnis

Frankfurt.Nah.Bewegt	1
Verkehr.....	1
ÖPNV.....	1
15-Minuten-Stadt.....	2
Frankfurt.Sozial.Sicher.....	4
Prekäre Lebensverhältnisse	4
Sicherheit.....	5
Frankfurt.Zukunftorientiert.Lebenswert.....	6
069-App.....	6
Zukunft.....	6
Mainufer	9
Katastrophenschutz.....	9
Frankfurt.Gemeinsam.Gerecht	10
Wohnen	10
Integration	11
Armutsbekämpfung	12
Umwelt.....	12
Kultur	13
Frankfurt.Jung.Engagiert	15
Begegnung.....	15
Beteiligung	15
Bildung	16
Frankfurt.Sauber.Nachhaltig	19
Sauberkeit.....	19
Nachhaltigkeit.....	19
Frankfurt.Antifaschistisch.Solidarisch	21
Erinnerungskultur.....	21
Bekämpfung rechtsextremer Strukturen	22
Frankfurt.Demokratisch.Transparent	22

Frankfurt.Nah.Bewegt.

Frankfurt bildet das Herz der Rhein-Main-Region. Fast 500.000 Menschen pendeln täglich in die Stadt, daher muss das Verkehrskonzept stetig weiterentwickelt werden. Die Stadtplanung muss zukunftsorientiert sein und die Bedürfnisse aller Frankfurter*innen beachten.

Verkehr

- Wir fordern eine Ausweitung der Tempo-30-Zonen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Der Cityring und das Bahnhofsviertel werden autofrei und bestehende Straßen zu Bus- und Fahrradwegen umgewidmet.
- Wir fordern eine nach Autolänge gestaffelte Parkgebühr.
- Das Verkehrskonzept soll den Autoverkehr reduzieren und für eine Umnutzung zugunsten des klimafreundlichen Verkehrs beitragen.
- Zur Gesundheit tragen saubere Luft sowie Lärmschutz maßgeblich bei. Wir setzen uns für ein sinnvolles Verkehrskonzept ein, das ÖPNV, Fuß- und Radverkehr fördert, sodass die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs in vielen Teilen Frankfurts keine Notwendigkeit mehr ist. Dort, wo Autos unverzichtbar sind, sorgen wir für einen besseren Verkehrsfluss. Die Sorgen der fluglärmgeplagten Anwohner*innen nehmen wir ernst, ohne zu vergessen, dass der Flughafen maßgeblich zur Wirtschaftskraft der Region beiträgt.

ÖPNV

- Wir fordern eine sozial gerechte Preisstruktur im öffentlichen Nahverkehr: maximal 1 Euro pro Tag – perspektivisch sogar kostenfreien Nahverkehr.
- Die Stadt soll auf eine erhöhte Taktung des ÖPNV setzen, vor allem in Nachtzeiten, um Wartezeiten zu minimieren. Außerdem werden Haltestellen mit einer smarten und ausreichenden Beleuchtung ausgestattet.

- Die Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) braucht eine Neuausrichtung, weg von einer reinen Konzernlogik hin zu einem bürger*innenorientierten Ansatz. Doppelstrukturen und die Aufspaltung in verschiedene Betreiberfirmen für Verkehrsangebote müssen überdacht werden.
- Wir fordern die Priorisierung des ÖPNV, das bedeutet insbesondere, Lücken im Netz schließen, Takte verdichten, Preise niedrig halten. Der öffentliche Nahverkehr muss als Rückgrat der städtischen Mobilität gefestigt werden.
- Wir fordern, Regionaltangenten und Ringstraßenbahnen schnell umzusetzen, um die Innenstadt zu entlasten und mehr Querverbindungen zu ermöglichen.
- Wir fordern klare Konzepte für Stadionbesucher*innen, für die kommende Multifunktionshalle und für große Veranstaltungen.
- Die Dächer von Haltestellen des ÖPNV werden begrünt und/oder mit Solaranlagen ausgestattet. Die oberirdisch verlaufenden Gleise der Stadtbahn werden begrünt.
- Wir fordern eine Unternehmensabgabe für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

15-Minuten-Stadt

- Alle Frankfurter*innen sollen die wichtigsten Einrichtungen des Alltags innerhalb von fünfzehn Minuten erreichen können. Deshalb fordern wir eine Stadtplanung, die das Konzept der 15-Minuten-Stadt umsetzt und die Barrierefreiheit, Klimaschutz sowie den Erhalt von Wohnraum verbindet.
- Wir fordern intelligente Ampelschaltungen und barrierefreie Verkehrswege für alle.
- Wir fordern, dass Fahrräder in der Innenstadt priorisiert und Wege breiter gestaltet werden, dass eine klare Trennung vom Autoverkehr erfolgt und eine Radverkehrslenkung klar umgesetzt wird. Außerdem

dürfen Fahrradwege nicht einfach aufhören, sondern müssen ein ganzheitliches Fahrradstraßen-System bilden.

- Wir wollen mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Dialog treten, um die wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung in allen Stadtteilen sicherzustellen.

Frankfurt.Sozial.Sicher.

In Frankfurt leben viele Menschen miteinander und nebeneinander. Zur Realität in unserer Stadt gehören auch besonders prekäre Lebensverhältnisse, beispielsweise von wohnungslosen und drogenabhängigen Menschen. Damit sich alle in Frankfurt wohlfühlen, muss auch die Sicherheit in der Stadt gegeben sein. Dabei ist der Begriff Sicherheit mehr als nur Polizei und muss weitergedacht werden.

Prekäre Lebensverhältnisse

- Wir bekennen uns zum Frankfurter Weg und fordern eine Neukonzipierung, um auf die veränderten Gegebenheiten zu antworten und Lösungen anzubieten. Es bleibt für uns zentral, Abhängige nicht zu stigmatisieren, sondern ihre Hilfsbedürftigkeit anzuerkennen.
- Wir fordern die Schaffung eines Konsumhauses, in dem das Drogenkonsumräume-Konzept überarbeitet wird, um auf die unterschiedlichen Formen des Konsums zu reagieren, insbesondere da Heroin von Crack als Hauptdroge im Bahnhofsviertel abgelöst wurde. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Änderung des Betäubungsmittelrechts stark machen, sodass der Frankfurter Weg weiterhin umsetzbar bleibt. Darüber hinaus soll in dem Konsumhaus Beratung angeboten werden.
- Menschen, die in der Prostitution arbeiten, soll der selbstbestimmte Ausstieg erleichtert werden. Dafür braucht es entsprechende Strukturen, wir fordern daher Schulung von Personal des Jobcenters speziell zum Thema Prostitution und die Bereitstellung von Wohnungen, auf die Beratungsorganisationen zurückgreifen können, um Aussteiger*innen eine Unterkunft zu bieten.
- Die Stadt Frankfurt richtet ein Awareness-Team, bestehend aus Polizei und Sozialarbeiter*innen, ein, um Nacht-Streetwork anzubieten.

- Darüber hinaus soll die Gesundheitsversorgung und -vorsorge im Bahnhofsviertel weiter verbessert und ausgebaut werden, etwa durch Stärkung der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung und Einbindung von Apotheken vor Ort für die Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln.
- Die Stadt Frankfurt hilft Wohnungslosen durch verschiedene Angebote weiterhin von der Straße in geregelte Verhältnisse zu kommen. Dabei setzt die Stadt auf das Konzept „Housing First“ und bietet den Menschen Sicherheit. Vertreibung, Aussiedlung und Verschiebung in prekäre Verhältnisse sind für uns keine Lösung.
- Darüber hinaus schafft die Stadt mehr betreute Wohnungsangebote, um Chancen für ein Ende auf der Straße anzubieten.
- Auch wohnungslose Menschen haben das Recht auf einen Platz in unserer Stadt, wir lehnen daher „defensive architecture“ ab.

Sicherheit

- Wir fordern, dass die Waffenverbotszonen nicht ausgeweitet wird und bestehende Zonen zurückgenommen werden. Eine ausgeweitete, flächendeckende Kameraüberwachung lehnen wir ab.
- Das 1. Frankfurter Polizeirevier soll aufgelöst und neu strukturiert werden. Die Innenstadt als Ort der Vielfalt, darf nicht durch rechtsextreme Strukturen abgesichert werden.
- Die Stadtpolizei braucht gesonderte Schulungen und Ausbildungen, um deeskalierende Verfahren und Taktiken zu erlernen, damit sie in jeder Situation passend reagieren und handeln kann.
- Immer wieder werden Vorfälle von übergriffigem Verhalten oder Missbrauchsfällen bei Großveranstaltungen bekannt. Daher fordern wir hier zum Schutz der Anwesenden die Einführung von Awareness-Konzepten.
- Der von Sport (DOSB) und Politik beschlossene Safe Sport Code wird in allen Sportvereinen in Frankfurt in die Praxis umgesetzt. Die

Stadt entwickelt entsprechende Förder- und Beratungsinstrumente für Sportvereine.

Frankfurt.Zukunftorientiert.Lebenswert.

Die Welt ist im Wandel. Für eine Stadt, die mit der Zeit geht, braucht es Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Investition.

069-App

- Wir schlagen eine städtische App für alle Frankfurter*innen vor. Diese soll alle Bereiche der städtischen Daseinsvorsorge zentral, verständlich und zugänglich an einem Ort vereinen.
- In der App sollen alle Dienstleistungen des Bürgeramts, soweit möglich, online angeboten werden, alternativ soll eine einfache Terminvereinbarung möglich sein.
- Darüber hinaus sollen Hinweise auf ärztliche Versorgungsmöglichkeiten und Apothekennotdienste, Stadtkarten, etwa mit Markierungen von Spielplätzen oder Altglascontainern, ÖPNV-Fahrpläne, Veranstaltungskalender und Weiteres enthalten sein.
- Die App soll außerdem ein Forum zum direkten Austausch untereinander bieten. Dies soll insbesondere der Nachbarschaftshilfe dienen, aber auch das Ankommen für Zugezogene erleichtern.

Zukunft

- Die Straßenbeleuchtung in Frankfurt wird auf LED-Technik umgerüstet.
- Die städtische Fahrzeugflotte wird nur noch durch Elektrofahrzeuge ergänzt.
- Die Stadt Frankfurt entsiegelt Plätze und Flächen und begrünt diese. Dabei wird auf nachhaltige und klimaresistente Pflanzen geachtet und die Artenvielfalt erhöht.

- Die Stadt Frankfurt ermöglicht eine unbürokratische und digitale Antragsstellung für Fördermittel und unterstützt Bürger*innen bei dieser.
- Die Stadt stellt auf ihrer Website Ansprüche und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele dar, um mehr Transparenz zu schaffen. Außerdem soll es für Bürger*innen durch eine „Zwischenstandanzeige“ möglich sein, den bisherigen Fortschritt einzusehen.
- Die Bewässerung von Begrünung erfolgt durch ein intelligentes Bewässerungssystem, um die wichtige Ressource Wasser zu schonen und nur dort einzusetzen, wo sie gebraucht wird.
- Durch Bäume und Sonnensegel werden für Bürger*innen, insbesondere an heißen Sommertagen, Erholungsoasen geschaffen.
- Trinkwasserspender werden erweitert, ausgebaut und stärker beworben.
- Bei der Erschließung neuer Baugebiete werden Frischluftschneisen erhalten und ausgeweitet und umfassende Grünflächen errichtet.
- Die Zeil als Hauptkonsumort der Innenstadt muss abseits der Geschäfte konsumfreie Aufenthaltsmöglichkeiten für Frankfurter*innen anbieten. Die versiegelten Flächen müssen aufgebrochen werden, damit die Aufenthaltsqualität verbessert wird.
- Wir setzen uns dem Kommerzialisierungsdruck konsequent entgegen und schaffen im öffentlichen Raum attraktive Aufenthaltsorte, die keinen Konsum voraussetzen.
- Wir fordern, mehr Platz für Fußgänger*innen zu lassen und keine Hindernisse oder Parkplätze zulasten von Gehwegen zu errichten.
- Wie fordern eine bessere Koordination von Baustellen und klare Kommunikation von Mobilitätsvorhaben.
- Wir fordern eine feministische Stadtplanung für eine diverse, soziale und gerechte Stadt.
- Wir möchten ein einheitliches städtisches Ticketsystem einführen, das den Erwerb von Tickets in allen kulturellen Einrichtungen

Frankfurts bündelt, um so einen einfacheren Zugang zu Kulturangeboten zu ermöglichen.

- Kulturelle Angebote sollen auch in den äußeren Stadtteilen langfristig angesiedelt werden, wie es beispielsweise beim „Westcoast“-Projekt in Griesheim geschieht.
- Wir fordern die Förderung lokaler Unternehmen, insbesondere durch Marketingkampagnen, um die Kaufkraft in Frankfurt zu halten und zu steigern.
- Wir fordern Projekte für nachhaltige und innovative Wirtschaftsräume mit Schwerpunkten auf erneuerbaren Energien, Technologie und nachhaltigen Arbeitswelten.
- Wir schlagen die Einführung des Donut-Modells als Leitprinzip der Wirtschaftspolitik, das ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt vor.
- Wir fordern die Entwicklung eines Konzepts zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten in äußeren Stadtteilen, beispielsweise durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen, Standortförderung und/oder Gründungskrediten.
- Wir fordern, dass die Stadt für alle Bürger*innen kostenlose und einfach zugängliche STI-Tests (Sexually Transmitted Infections) anbietet, um Infektionen zu minimieren und ungewollte Übertragungen zu reduzieren.
- Kommunale Unternehmen spielen eine große Rolle in der Daseinsvorsorge für alle Frankfurter*innen, sie dürfen nicht Profitinteressen und Haushaltsschönungen zu Opfer fallen. Wir lehnen daher die (Teil-)Privatisierung von kommunalen Unternehmen, Eigenbetrieben und Zweckverbänden ab.

Mainufer

- Der Mainkai wird autofrei. Langfristig wollen wir das Ufer beiderseits des Mains als Erholungsgebiet entwickeln und den motorisierten Verkehr komplett fernhalten.
- Durch die Umgestaltung soll eine höhere Aufenthaltsqualität für alle Bürger*innen geschaffen werden. Mehr Grünräume, Spielflächen, Sportmöglichkeiten, Kunst und Kultur und die Möglichkeit der Begegnung sollen ein angenehmeres Klima schaffen.
- Durch Begrünung und Sonnensegel werden mehr Schattenplätze geschaffen und die Aufenthaltsqualität gesteigert.
- Durch die Einrichtung eines Outdoor-Bildungsangebotes besteht für alle Bürger*innen, aber im Besonderen für Schüler*innen die Möglichkeit, praxisbezogen über Umwelt und Klimaschutz zu lernen. Durch die Anbindung an den ÖPNV durch eine Tram wird der Zugang für Bürger*innen vereinfacht.
- Durch den Ausbau des ÖPNV und die Erarbeitung eines Umgehungskonzepts wird die Belastung des autofreien Mainkais in den Stadtteilen, vor allem Sachsenhausen, reduziert.

Katastrophenschutz

- Wir fordern die Erarbeitung eines Katastrophenschutzkonzept für die Folgen der Klimakrise zu entwickeln, um vor Hochwasser, Hitze und starkem Gewitter zu schützen. Eine ausreichende Finanzierung muss gewährleistet werden.
- Die Stadt Frankfurt setzt sich stärker für präventive Maßnahmen ein und finanziert diese besser, um die Bürger*innen vor beispielsweise Hochwasser oder starke Hitze zu schützen.
- Die Maßnahmen für einen Katastrophenfall sollen besser kommuniziert werden und für Bürger*innen einfacher aufrufbar sein.

Frankfurt.Gemeinsam.Gerecht.

Frankfurt lebt von seinem Zusammenhalt in den Stadtteilen und der gesamten Stadt. Nur gemeinsam können wir Probleme und Herausforderungen lösen und meistern. Aufeinander zu achten und Lösungen für alle zu finden, sind dabei unerlässlich.

Wohnen

- Wir fordern eine aktive Bodenpolitik der Stadt. Dazu gehört der strategische Ankauf von Flächen durch die Stadt, wann immer die Möglichkeit hierzu besteht. Dazu gehört auch die Senkung des Erbpachtzinses zur Unterstützung gemeinwohlorientierter Ansätze und die Einrichtung einer städtischen Zweckgesellschaft, die zu niedrigen Konditionen Gelder am Kapitalmarkt aufnimmt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dafür soll die Stadt die Einrichtung von Stadtanleihen zur Finanzierung prüfen.
- Die Stadt Frankfurt muss die Förderrichtlinien für geförderte Wohnungen so gestalten, dass Belegrechte für Vermieter*innen attraktiver werden. Dies kann durch höhere Zuschüsse, eine Vereinfachung der Antragsverfahren oder steuerliche Anreize geschehen.
- Sozialwohnungen dürfen nicht nach 20 Jahren aus der Bindung fallen. Die Jusos Frankfurt fordern das Land Hessen auf, die Bindungsdauer deutlich zu verlängern oder ein System einzuführen, das eine fortlaufende Förderung ermöglicht.
- Die Jusos Frankfurt setzen sich für soziale und kulturelle Vielfalt in den Quartieren ein. Statt Monokulturen aus Eigentumswohnungen oder exklusivem Mietwohnraum muss ein Leitbild der Durchmischung verfolgt werden.
- Genossenschaftliche Wohnprojekte sind stärker zu fördern, da sie Gemeinwohlorientierung und bezahlbares Wohnen miteinander verbinden.

- Programme für Wohnungstausch müssen ausgebaut werden, um Menschen bedarfsgerechten Wohnraum zu ermöglichen. Mehr Studiwohnraum und Azubiwohnraum sind notwendig, um die Wohnsituation junger Menschen in Frankfurt zu verbessern.
- Der Mietspiegel muss regelmäßig aktualisiert werden, um realistische und faire Mietpreise zu garantieren. Die Mietpreisbremse sollte konsequent umgesetzt und kontrolliert werden. Zweckentfremdung von Wohnraum durch Kurzzeitvermietungen (z. B. über Airbnb) muss stärker kontrolliert und reguliert werden.
- Wir fordern die Einrichtung von Quartiersmanagement in allen Stadtteilen.

Integration

- Wir fordern eine ausreichende Ausstattung der Ausländerbehörde der Stadt mit Personal und Ressourcen, damit die Behörde effektiv und effizient arbeiten kann.
- Betreuungsangebote mit Sprachförderung für Kinder mit Förderbedarf werden erhalten, erweitert und stärker beworben.
- Unterkünfte für Geflüchtete sollen stadtweit verteilt werden, um eine soziale Durchmischung und damit eine bessere Integration zu gewährleisten.
- Wir fordern Unterstützung von Geflüchteten, um diese in qualitative Arbeit zu bringen. Auch das trägt zur Durchmischung und mehr Integration bei.
- Vereine und ehrenamtliche Organisationen, die aktive Integrationsarbeit leisten, sollen durch die Stadt Frankfurt besonders gefördert werden.

Armutsbekämpfung

- Jedes vierte Kind in Frankfurt lebt in Armut. Es braucht umfassende Konzepte und ein Zusammenspiel von Institutionen, um dem Problem von Kinderarmut zu begegnen.
- Die Möglichkeiten der Sozialhilfe müssen besser beworben werden, um eine bestmögliche Wirkung zu erzielen und dort eingesetzt zu werden, wo sie benötigt wird. Dies ist auch ein Hebel, um Kinderarmut entgegenzuwirken.
- Der Ratgeber für Alleinerziehende und die Familienberatung soll weiterentwickelt, ausgebaut und beworben werden.
- Der „Frankfurt-Pass“ soll für eine erweiterte Zielgruppe verfügbar sein, u.a. durch eine Erhöhung des maximalen Nettoeinkommens als Voraussetzung
- Für Inhaber*innen des Frankfurt-Pass sollen die Kosten für Sportkurse künftig übernommen werden. Dies sichert nicht nur deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, sondern trägt auch zu ihrer körperlichen und mentalen Gesundheit bei und stellt somit eine wichtige Präventionsmaßnahme dar.

Umwelt

- Die Stadt Frankfurt richtet ein Umweltzentrum für die Beratung von Bürger*innen, Gewerbetreibenden, Verbänden und Schulen ein, damit diese Hilfe im Bereich des Klimaschutzes und dessen Umsetzung anbietet. Die Stadt veranstaltet eine Themenwoche „Klima und Umwelt“ pro Jahr, in der verschiedene Angebote für Schulen, Unternehmen und Bürger*innen durchgeführt werden, mit dem Ziel, neue Perspektiven auf das Thema zu eröffnen.
- Für Bürger*innen-Initiativen, beispielsweise „Urban Gardening“, werden Flächen und Förderung durch die Stadt bereitgestellt.

- Die Stadt Frankfurt arbeitet weiter und verstärkter an der Reduzierung der Feinstaubbelastung, nicht nur im Bereich des Verkehrs, sondern übergreifend.

Kultur

- Wir begrüßen den Neubau der Städtischen Bühnen und die Kulturmeile. Wir fordern, dass der Preis der Tickets durch den Neubau nicht teurer wird. Außerdem fordern wir einen Fokus auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende.
- Kurzfristig werden wir die Eintrittspreise für Museen, Theater und weitere städtische Kultureinrichtungen für alle reduzieren. Langfristig wollen wir in diesen Einrichtungen den Eintritt für Auszubildende, Studierende, Schüler*innen, Jugendliche sowie Inhaber*innen des Frankfurt-Passes komplett kostenlos gestalten.
- Wir verstehen das Frankfurter Nachtleben als zentralen Bestandteil der Kultur und fordern das Bekenntnis zum Bedürfnis nach einer florierenden Clubkultur und dessen Förderung. Die Einrichtung des Nachtrats ist ein erster guter Schritt.
- Wir fördern und erhalten Stadtteilbüchereien. In ihren Stadtteilen sollen diese zu Kulturzentren erweitert werden.
- Wir unterstützen die Szene freier Künstler*innen. Atelier- und Künstler*innen-Studios sollen gefördert und eingerichtet werden, zum Beispiel durch Zwischennutzung oder die dauerhafte Umwidmung leerstehender Gebäude. Die Besetzung der Dondorf-Druckerei in Bockenheim dient hierzu als positives Beispiel. Außerdem werden wir uns für eine inklusive und vielfältige Kulturszene einsetzen, damit diese verschiedene kulturelle Ausdrucksformen repräsentiert.
- Wir fordern den kostenlosen Eintritt in die städtischen Bäder für alle Jugendlichen bis 18.
- Eine bessere Vernetzung von Vereins- und Schulsport, besonders zur Förderung von Schwimmkursen, soll umgesetzt werden.

- Frankfurt ist nicht nur eine Stadt des Spitzen- sondern auch des Breitensports. Wir setzen uns für ein günstiges, vielfältiges Sportangebot ein und schaffen neue Flächen für Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum.
- Wir unterstützen das Projekt des Kultur-Campus Bockenheim als ein Leuchtturmprojekt, das Bildung Kultur und bezahlbares Wohnen miteinander verknüpft. Wir fordern die zeitnahe Realisierung des neuen Studierendenhauses am Campus Westend.
- Streetart und Murals können zugleich Ausdruck von Kreativität und Bereicherung für das Stadtbild sein. Nach dem Brüsseler Vorbild werden wir Flächen in der Stadt ausschreiben und freien Künstler*innen zur Verfügung stellen.
- Die Stadt Frankfurt stellt für eigene Kulturveranstaltungen Gebärdendolmetscher*innen. Außerdem wirkt sie daraufhin, dass andere Veranstalter sich diesem Konzept anschließen.
- Für Restaurants ist die Außengastronomie im Sommer unverzichtbar. Wir sprechen uns daher gegen die Einführung einer „Sperrstunde“ für Außenbereiche aus.
- Wir unterstützen BIPoC- und queere Künstler*innen sowie deren Einrichtungen. Hierbei setzen wir uns insbesondere für den Erhalt und die Schaffung eigener und sicherer Räume der beiden Communities ein.

Frankfurt.Jung.Engagiert.

Eine Stadt ohne Jugendliche und junge Menschen hat keine Zukunft. Wir möchten uns für die Interessen junger Menschen einsetzen und für diese einen Raum der Entwicklung schaffen.

Begegnung

- Für ein besseres Verständnis und gesellschaftliche Mischung setzt die Stadt Frankfurt auf gemeinsames Wohnen von Student*innen und Azubis in Studi-Azubi-Wohnheimen. Azubiwohnungen werden von der Stadt gezielt gefördert, um Azubis für die Stadt Frankfurt zu gewinnen.
- Öffentliche Orte der Begegnung, im Besonderen für Jugendliche, wie zum Beispiel Sportstätten, Jugendzentren und Parks, werden von der Stadt erweitert, erneuert oder neu gebaut. In jedem Stadtteil soll es ein Jugendzentrum mit zeitgemäßen Angeboten geben.
- Wir vertiefen unsere Städtepartnerschaften und möchten in diesem Rahmen allen Frankfurter Jugendlichen ermöglichen, an Jugendaustausch-Programmen teilzunehmen. Das eröffnet neue Perspektiven und stärkt den Status Frankfurts als Europastadt.

Beteiligung

- Die Schüler*innenvertretungen sollen stärker gefördert und dafür der Stadtschüler*innenrat finanziell abgesichert werden. Dieser soll darüber hinaus mit einem Schüler*innenhaushalt der Stadt Frankfurt ausgestattet werden. Auch Grundschulkindern soll die Demokratie bereits im frühen Alter beigebracht werden und deshalb Partizipation auf verschiedenen Wegen ermöglicht werden.
- Die Stadt Frankfurt schafft ein Kinder- und Jugendparlament, damit junge Stimmen in der Politik gehört und deren Forderungen umgesetzt werden. Dieses System soll auch auf Ortsbeiratsebene umgesetzt werden.

Bildung

- Nachdem das Programm der Jugendhilfe an der Schule Erfolge in Frankfurt zeigt, soll auch die frühkindliche Bildung im Kontext der Sozialarbeit betrachtet werden. Die Stadt Frankfurt soll ein Konzept für Sozialarbeit an Kitas und Kindergärten erarbeiten. Ziel ist es, das Betreuungspersonal fachlich zu unterstützen und Kindern und ihren Familien schon frühzeitig umfassende Förderung zukommen zu lassen. Ein wichtiger Bestandteil hierbei sollte auch der Kinderschutz sein.
- Die Beitragsfreiheit für Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Schuleintritt soll festgeschrieben werden und damit aufrechterhalten werden.
- Wir möchten kostenfreie Ganztagsbetreuung, auch für Kinder unter 3 Jahre. Dadurch werden junge Familien entlastet und das Ganztagsbetreuungsangebot ausgebaut.
- Wir fordern für alle Schüler*innen ein kostenloses Mittagessen, welches aus regionalen Produkten besteht, die im besten Fall aus dem Frankfurter Umland kommen und Bio-Qualität aufweisen.
- Das kommunale Programm "Jugendhilfe in der Schule" leistet in den bisherigen Strukturen viel Unterstützung für Frankfurter Schüler*innen. Leider sind die Kapazitäten bisher begrenzt. An Schulen mit Haupt- oder Realschulzweigen ist das Programm erfolgreich und sorgt für ein verbessertes Schulklima und die individuelle Förderung von Schüler*innen. Damit alle Frankfurter Schüler*innen von diesem Programm profitieren, muss das Programm Jugendhilfe in der Schule an alle Schulformen ausgeweitet werden.
- Der Stundenumfang für Fachkräfte im Programm „Jugendhilfe in der Grundschule“ muss abhängig von der Schüler*innenzahl berechnet werden. Mindestens soll dieser aber eine halbe Stelle (20 Std.) pro Grundschule umfassen.

- Die Lebensrealitäten der Frankfurter Schüler*innen sind vielfältig. Damit Lehrkräfte, sowie alle weiteren Mitarbeiter*innen an Schulen diesen professionell begegnen können, sollen beim Stadtschulamt Ansprechstellen für queerfeministische Themen sowie (Anti-) Diskriminierung eingerichtet werden, die dann öffentlich auf ihre Angebote aufmerksam machen.
- Um allen Frankfurter Schüler*innen einen chancengerechten Start ins Schulleben zu ermöglichen, betrachten wir einheitliche Standards für frühkindliche Bildung als zentral. Die Kooperation von Kitas und Grundschulen soll daher sowohl durch finanzielle als auch personelle Mittel gestärkt werden.
- Die Schulbauoffensive ist ein grundlegender und wichtiger Schritt gewesen, um dem Sanierungsstau entgegenzutreten. Um Bau- und Sanierungsstau künftig zu verhindern, muss die Schulbauoffensive fortgesetzt werden. Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihres Lebens in der Schule. Für gute Bildung braucht es auch gute Schulbauten.
- Im Neubau von Schulen sollen insbesondere integrierte Gesamtschulen berücksichtigt werden. Besonders in den Stadtteilen, in denen es bisher weniger IGSen bestehen. Dabei sollen auch gymnasiale Oberstufen berücksichtigt werden.
- Um mit der Zeit zugehen, muss die digitale Ausstattung an Schulen aufgebessert werden. Für zeitgemäßes Lernen müssen Smart-Boards, Beamer-Ausstattung usw. Standard an Frankfurter Schulen sein.
- Die Medienzentren werden ausgebaut, um mehr Möglichkeiten in der digitalen Bildungslandschaft in Form von Projekten, Fortbildungen und Medienverleih zu ermöglichen.
- In den Schulen, bzw. in den Stadtteilen, werden dezentrale Medienlabore mit guter Ausstattung errichtet. Damit werden medienpädagogische Projekte lokal ermöglicht, Medienbildung vertieft und eine zugängliche Werkstatt errichtet.

- Frankfurter Schulen sollen alle über Medienbildungskonzepte verfügen. Dabei müssen auch die Risiken von Medienkonsum berücksichtigt werden. In der Erarbeitung sollen die Schulen durch das jeweilige Medienlabor/Medienzentrum im Stadtteil unterstützt werden.
- Im Hinblick auf Inklusion im Unterricht sollen einheitliche Standards geschaffen werden, damit die Schüler*innen unabhängig von der Bildungsregion gleiche Förderung erhalten.
- Die Grundschulen dürfen mit den Herausforderungen des " Pakts für den Ganztag" nicht alleingelassen werden. Es braucht von der Politik Unterstützung, insbesondere in der Koordination mit bestehenden Angeboten. Unbedingt sollten hierbei auch die bestehenden Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Sportvereine berücksichtigt werden, Kooperationen attraktiv gemacht und unterstützt werden.

Frankfurt.Sauber.Nachhaltig.

In der politischen Entscheidungsfindung wird die Auswirkung auf Klima und Umwelt stets berücksichtigt, sodass nicht allein die Wirtschaftlichkeit über die Umsetzung der Maßnahmen entscheidet. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Klimaschutz niemals auf Kosten der ökonomisch Schwächeren erfolgen darf.

Wer mehr hat, kann auch mehr Klimaschutz leisten.

Sauberkeit

- Die Rolle der FES wird durch die Stadt gestärkt und das bereits bestehende Meldeportal wird mehr beworben.
- Das Angebot von Mülleimern wird im Stadtgebiet ausgebaut und Mülleimer smart gemacht, um den Aufwand für die Entleerung zu verringern. Außerdem wird bspw. durch Pizzakarton-Behälter oder andere Abfallbehälter zur Entsorgung des Mülls animiert.
- Die Stadt Frankfurt erarbeitet ein Stadttauben-Konzept, um die Verschmutzung und Probleme artgerecht und mit dem Tierwohl vereinbar zu lösen. Dieses Konzept soll außerdem auf die Nilgänse übertragen werden.
- In Frankfurt wird es zu Silvester von der Stadt ein zentrales Feuerwerk geben.
- Die Zahl der öffentlich zugänglichen Toiletten muss ausgebaut werden. Dabei ist auf behindertengerechte Nutzung und die Bereitstellung von Hygieneartikeln zu achten.

Nachhaltigkeit

- Die Energieversorgung in Frankfurt wird bis 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energien bestehen, auch hinzugekaufte Energieressourcen entsprechen diesem Standard.
- Bei Ausschreibung von Aufträgen der Stadt Frankfurt soll diese auf Klimaneutralität und Umwelt achten und Angebote, welche diese Kriterien erfüllen, bevorzugen. Des Weiteren sollen städtische

Aufträge ausschließlich an Unternehmen mit Tarifbindung vergeben werden.

- Wir möchten Maßnahmen zur Steigerung der Gewerkschaftsquote in Frankfurter Unternehmen, z. B. durch Aufklärungskampagnen und Anreize für gewerkschaftliche Mitbestimmung.
- Gebäude im Besitz der Stadt werden mit Photovoltaik ausgerüstet und, sofern möglich, weiter ausgebaut. Die Stadt unterstützt weiterhin mit dem Programm "Klimabonus" den Ausbau von Solaranlagen auf privaten Gebäuden und weitet die Förderung aus.
- Gebäude im Besitz der Stadt werden, soweit möglich, von fossilen Heizungsarten auf erneuerbare Energien umgestellt. Auch hierbei unterstützt die Stadt Bürger*innen bei der Umstellung privater Immobilien sowohl finanziell, als auch bürokratisch.
- Wir fordern die Schaffung eines Programms zur gezielten Unterstützung von Organisationen und Unternehmen mit sozialem Zweck, um deren Beitrag zu einer gerechten Gesellschaft zu stärken.
- Wir möchten Verpflichtende Maßnahmen zur stärkeren Einbindung von Unternehmen in sozial-, umwelt- und klimapolitische Verantwortung.

Frankfurt.Antifaschistisch.Solidarisch.

Auch in Frankfurt erstarken rechte Akteure und üben mehr Einfluss auf unserer Stadtgesellschaft aus. Diskriminierende Übergriffe finden auch in Frankfurt statt. Daher müssen wir uns noch stärker gegen diese stellen und sie bekämpfen.

Erinnerungskultur

- Wir setzen uns für eine aktive Erinnerungskultur ein, welche die Opfer des Nationalsozialismus in den Fokus nimmt. Dazu zählen neben jüdischen Menschen auch jene, die oft unsichtbar bleiben, z. B. queere Personen, Sinti*zze und Rom*nja.
- Wir begrüßen die Installation eines temporären Gastarbeiter*innen-Denkmal im Frankfurter Hauptbahnhof. Langfristig muss jedoch ein permanentes Denkmal an einem prominenten Platz am Hauptbahnhof errichtet werden.
- Wir erkennen die Rolle Frankfurts im schrecklichen Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte an. Noch immer beinhalten viele Sammlungen Frankfurter Museen Ausstellungsstücke, die eindeutig als Raubkunst einzustufen sind, die also unrechtmäßig ihren eigentlichen Besitzer*innen entrissen wurden. Wir begrüßen die Initiativen der Stadt Frankfurt und der Museen, die Geschichte dieser Stücke gemeinsam mit den ursprünglichen Besitzer*innen kritisch aufarbeiten und eine Rückgabe vorzubereiten.
- Frankfurter Schüler*innen sollen sich im Rahmen des Unterricht mit der deutschen Geschichte auseinandersetzen. Um diese greifbarer zu machen und die lokale Geschichte mit einzubinden, sollen Schulen die Möglichkeit bekommen, beispielsweise die Adlerwerke zu besuchen. Dafür sollen vorbereitende Materialien usw. bereitgestellt werden.

Bekämpfung rechtsextremer Strukturen

- Rechtsextremismus darf in Frankfurt keinen Raum haben. Die Stadt muss aktiv verhindern, dass rechtsextreme Organisationen, z.B. Reichsbürger, die AfD oder Burschenschaften, städtische Räume nutzen können.
- Bekannte rechtsextreme Strukturen werden von uns konsequent bekämpft. Vorfälle wie die Anmietung eines Lokals im Riederwald durch einen Reichsbürger-Verein dürfen sich nicht wiederholen.

Frankfurt.Demokratisch.Transparent.

Wir leben in Zeiten, in denen rechte Narrative die Medien, die Öffentlichkeit und die Politik beherrschen. Die verkürzte Darstellung von Tatsachen, Populismus und Fehlinformationen bedrohen unsere Demokratie.

Wir Jusos Frankfurt wollen dem entgegenreten und erachten es als Selbstverpflichtung, aktiv politische Kommunikation zu betreiben. Konkret heißt das:

- Regelmäßige Berichte von Juso-Vertreter*innen aus der Stadtpolitik
- Begleitung von politischen Entscheidungen über Soziale Medien
- Informationsveranstaltungen und -angebote für junge Menschen in ganz Frankfurt – niedrigschwellig und offen

Unsere Demokratie ist unsere Zukunft und wir möchten unseren Beitrag dazu leisten, damit diese für alle in Frankfurt erlebbar und greifbar wird.